

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* IV/2021



Foto: World Meteorological Organization (CC BY-NC-ND 2.0)

Es reicht – Simon Kofe, der Außenminister des Inselstaats Tuvalu, steht für seine Videoansprache bei der Weltklimakonferenz in Glasgow in knietiefem Wasser, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen

Just Transition nach Glasgow

Klimaschutz wird offiziell gerecht

Auf dem Weg zur klimaneutralen Gesellschaft muss das Soziale mitgedacht werden. Diese Erkenntnis hat nun Eingang in die Ergebnisse der Weltklimakonferenz in Glasgow gefunden. Wie es konkret gehen kann, soll sich jetzt in Südafrika zeigen. Doch bleiben noch Fragen – etwa bei der Finanzierung.

Anfang August 2021 ging im Norden Südafrikas das 4.700-Megawatt-Kraftwerk Medupi ans Netz, eins der größten Kohlekraftwerke weltweit überhaupt. Deutsche Firmen wie Siemens verdienten kräftig mit, gesponsert dank Export-Bürgschaften auch durch den deutschen

Staat. Drei Monate später, Anfang November, stehen Südafrikas Kohlekraftwerke erneut im Fokus, diesmal auf dem Weltklimagipfel in Glasgow.

Die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und die EU heben eine Energiepartnerschaft aus der Taufe. Sie wollen Südafrika beim Ausstieg aus der Kohleverstromung unterstützen (siehe S. 4). Klimaschützer_innen allerdings witzelten: Mit neuen Milliarden verbrennen die Industrieländer ihre alten Milliarden, die sie zuvor in die fossilen Projekte gesteckt haben. Zugleich zeigt das Vorhaben aber, wie die Kohleausstiegsklausel umgesetzt werden soll, die der Klimagipfel beschlossen hat. →

Inhalt

Just Transition nach Glasgow

Klimaschutz wird offiziell gerecht	S. 1
Der Kommentar	
Klimanotstand: Nicht aussitzen, handeln!	S. 3
Südafrika: Geld gegen Kohle	S. 4
Bolivien: Ist der bolivianische Traum ausgeträumt?	S. 5
Kooperationen: Für gute Jobs auch bei Erneuerbaren	S. 6

Aus den Projekten

Geringere Kosten, leichter verfügbares Material	S. 7
--	------

In Kürze

Covid verschärft Nordsüd-Gefälle	
DGB-Filmpreis: Dear Future Children	
Atlas der Versklavung	
Handlungshilfe Menschenrechte	
Steuergerechtigkeit im Jahr 2021	S. 8



Foto: World Meteorological Organization (CC BY-NC-ND 2.0)

Just Transition muss auch finanziert werden – Protest gegen internationale Klimapolitik beim UN-Gipfel in Glasgow

→ Mit der Klausel werden die Länder aufgefordert, saubere Stromerzeugung und Energieeffizienz rasch auszuweiten und ihre Bemühungen zu beschleunigen, schrittweise aus der Kohleverstromung auszusteigen. Zugleich gelte es, heißt es dort, die Ärmsten und Schwächsten gezielt zu unterstützen und die Notwendigkeit eines »gerechten Übergangs (Just Transition)« anzuerkennen.

»Bei den meisten Regierungen ist die Botschaft angekommen: Eine reine Debatte um Treibhausgas-Minderungen reicht nicht aus.«

Jan Philipp Rohde, DGB

Wie die Transformation des Kohlesektors in Südafrika angegangen werden soll, ist »prinzipiell richtig«, auch weil die Beschäftigten eine große Rolle spielen, sagt Jan Philipp Rohde. Er ist beim DGB-Bundesvorstand für Umwelt-, Klima und Nachhaltigkeitspolitik zuständig. Das sei »beileibe noch nicht überall der Fall«. Rohde verweist auf die schon bestehende Energiepartnerschaft zwischen Chile und Deutschland. In Chile waren Gewerkschaften bisher nicht nur bei der Gestaltung der Transformation ausgeschlossen – sie hatten sogar mit Repressalien zu kämpfen. »Das ist alles andere als Just Transition«, kritisiert Rohde.

Dennoch sagt Rohde: »Bei den meisten Regierungen ist die Botschaft angekommen: Eine reine Debatte um Treibhausgas-Minderungen reicht nicht aus.« Die Transformation zur Klimaneutralität werde künftig einen enormen Druck auf alle Bereiche der Wirtschaft und Arbeitswelt ausüben: »Wenn wir in die tiefe Dekarbonisierung einsteigen, wird es ohne die Strategien der Just Transition nicht gehen.« Ziel sei es, die Welt des Klimaschutzes und die der Arbeit miteinander zu verknüpfen.

Der DGB-Experte hebt die vom Weltklimagipfel beschlossene Erklärung »Supporting the Conditions for a Just Transition Internationally« hervor. Diese haben die USA, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, die EU, Deutschland und weitere europäische Länder unterzeichnet.

Die Staaten erkennen in dem Papier an, dass der Klimawandel unverhältnismäßig stark diejenigen trifft, die in Armut leben. Sie erklären, dass er wirtschaftliche, geschlechtsspezifische und andere soziale Ungleichheiten verschärfen könne, darunter auch diejenigen, die aus Diskriminierung aufgrund von Rasse und ethnischer Zugehörigkeit resultieren. Und sie schreiben, dass der Übergang zu »Net Zero CO₂«, zu null Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid, vor allem die Beschäftigten, Sektoren, Städte und Regionen treffen werde, die heute noch auf kohlenstoffintensive Industrien und Produkte angewiesen sind.

Der Begriff »Just Transition« findet sich inzwischen in immer mehr nationalen Klimastra-

tegien, den Nationally Determined Contributions, NDCs. Mit diesen NDCs verpflichten sich die Länder zu einem bestimmten Beitrag, um das Pariser Klimaabkommen umzusetzen und die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. 79 der insgesamt 197 Länder, die das Pariser Abkommen unterschrieben haben, haben das Just-Transition-Konzept bereits darin aufgenommen. Das zeigt eine im Oktober 2021 veröffentlichte Studie ([»Just Transition in National Climate Plans«](#)) des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Darin heißt es allerdings auch, dass es sich bei »Gerechtigkeit« und »Übergang« nur um eine Phrase handeln könne. Insbesondere Akteur_innen, die kein Interesse an sozialer Gerechtigkeit, organisierten Beschäftigten und Gewerkschaften hätten, neigten dazu, Just Transition als »Modewort« zu verwenden. Studienautorin Christiane Beuermann vom Wuppertal Institut plädiert darum zum Beispiel dafür, in den NDCs auch Berichte zu Just Transition Prozessen zu fordern. »Das würde dem Thema mehr Priorität geben und ein Signal sein, dass sich die Staaten mit Just Transition stärker auseinandersetzen und entsprechende Prozesse anstoßen.«

Bei alledem stellt sich vor allem für ärmere Länder die Frage, wie die soziale Transformation finanziert werden kann, wenn selbst für Südafrika, das wirtschaftliche stärkste Land Afrikas, mehr als umgerechnet 7,5 Milliarden Euro von außen zugeschossen werden müssen.

Expertin Beuermann erwartet, dass es bei der internationalen Klimafinanzierung künftig viel stärker auch um die sozialen Prozesse gehen wird. Dass die Industrieländer zum Weltklimagipfel ihre alte Ankündigung wieder nicht eingehalten haben, ab 2020 jedes Jahr 100 Milliarden Euro für ärmere Länder zur Bekämpfung des Klimawandels bereitzustellen, habe in Glasgow für viel Verdruss gesorgt, sagt sie. Im Prinzip hätten die Industrieländer aber mit der Formulierung »recognizing the need for support« in der [Abschlussklärung des Glasgower Klimapaktes](#) anerkannt, dass Just Transition mit Finanzierungsfragen verbunden ist.

Auch DGB-Experte Rohde sieht in der Klimafinanzierung durch die Industrieländer den entscheidenden Hebel für die Just Transition. Da gehe es weniger um bilaterale Lösungen, sondern um einen großen internationalen Fonds, sagt er.

Wie schnell und wie sozial sich die Transformation in Südafrika vollziehen wird, lässt sich nicht voraussagen. Die ursprünglich geplanten 50 Jahre Laufzeit wird das Kohlekraftwerk Medupi aber auf keinen Fall erleben.

Der Autor: Jörg Staude ist Journalist in Berlin. Er beschäftigt sich tagtäglich mit Fragen der Erderhitzung.



Klimanotstand: Nicht aussitzen, handeln!

Es ist höchste Zeit für einen »labour turn« in den ökologischen Bewegungen und einen »climate turn« von Gewerkschaften und anderen, fordert Klaus Dörre.

Es herrscht Klimanotstand. Stürme mit zuvor unbekannter Heftigkeit, Hitzewellen mit Rekordtemperaturen, Waldbrände an den Stadträndern vor Athen oder Flutkatastrophen wie die im idyllischen Ahrtal lassen keinen Zweifel – der menschengemachte Klimawandel verändert den Planeten. Wetterextreme nehmen zu, und sie fordern Menschenleben. »Die Welt steht am Abgrund«, erklärte UN-Generalsekretär Antonio Guterres am Vorabend der Klimakonferenz von Glasgow ungewohnt deutlich. Werden die Signale endlich gehört?

Zweifel sind angebracht. Im Ergebnis verlief Glasgow enttäuschend. Selbst wenn alle vereinbarten Maßnahmen umgesetzt würden, landeten wir bei einem Erderhitzungsszenario von deutlich mehr als zwei Grad, was heißt: Teile des Planeten würden unbewohnbar. Die neue Ampelkoalition hat zwar den Klimaschutz im Koalitionsvertrag großgeschrieben: Was geht, bestimmt allerdings die liberale Neinsager-Partei. Marktmechanismen wie CO₂-Preise und moderne Technologie sollen es richten. Das erinnert stark an den Solutionismus eines Bill Gates - oder eines Elon Musk, der sämtliche Weltprobleme, Klimawandel eingeschlossen, technologisch lösen will. Künftig fahren wir dann mit dem Elektroauto, verfügen über synthetische Kraftstoffe, essen aus Pflanzen hergestelltes Fleisch, bauen mit emissionsfreiem Zement, verarbeiten klimaneutralen Stahl, lassen die Welt aber im Großen und Ganzen so, wie sie ist. Das ist ein Wechsel auf die Zukunft, der sich nicht einlösen lässt, weil die systemischen Treiber des »Immer mehr und nie genug« - allen voran eine auf Wachstum, Marktexpansion und privaten Gewinn ausgerichtete Wirtschaft - fortbestehen.

Der größte Schwachpunkt des Koalitionsvertrags ist indes, dass er das Problem der Klimagerechtigkeit dramatisch unterschätzt. Die Emissionsreduktionen, die es in Deutschland und EU-Europa seit 1990 gegeben hat, sind in erster Linie ein Verdienst einkommensschwächerer Haushalte. Während die Emissionen des reichsten ein Prozents der Weltbevölkerung zwischen 1990 und 2015 um fünf Prozent und die des einkommensstärksten Dezils um drei Prozent gestiegen sind, haben sie bei der ärmeren Hälfte um 34 Prozent und bei den Haushalten mit mittleren Einkommen im gleichen Zeitraum um 13 Prozent abgenommen.

Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass die Produktion von Luxusartikeln für die oberen

Klassen und deren Konsum durch begüterte Haushalte zu einer Haupttriebkraft eines Klimawandels geworden sind, unter dessen Folgen national wie global vor allem die ärmeren, sozial besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen zu leiden haben. Nur weil Personen mit »kleinen Geldbörsen« ihren Gürtel wegen sinkender Einkommen und steigender Preise enger schnallen

dehnen oder sie muss sterben«, wusste schon Friedrich Engels.

Aktuell kommt es freilich darauf an, auch jene Handlungsspielräume optimal zu nutzen, die kapitalistische Marktwirtschaften bieten. Neue Allianzen aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und Klimabewegungen sind dafür unabdingbar. Dazu braucht es nicht weniger als



Foto: Chris Yakimov (CC BY-NC 2.0)

»Systemwandel, nicht Klimawandel« – für Klaus Dörre ist das eine berechtigte Forderung

müssen, sind die verschwenderischen Lebensstile der oberen Klassen überhaupt noch möglich. Denen unten darf aber nicht abverlangt werden, was man denen oben nicht zumuten will. Ein Energiegeld, wie es der Koalitionsvertrag in vagen Formulierungen verspricht, wird daran allein wenig ändern.

Denen unten darf nicht abverlangt
werden, was man denen oben
nicht zumuten will.

Die Alternative ist ein Klimaschutz für die 99 Prozent, der ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleich gewichtet. Dass die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution mittels Konservierung jener expansiven Profitwirtschaft gelingen kann, die den Klimanotstand überhaupt erst herbeigeführt hat, ist hochgradig unwahrscheinlich. Zu Recht fordern die Klimabewegungen deshalb »System change, not climate change«. Denn die »kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muss wachsen und sich aus-

einen »labour turn« in den ökologischen Bewegungen und einen »climate turn« von Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen Akteur_innen, die vornehmlich die soziale Frage bearbeiten.

Wie das gehen kann, hat die zurückliegende Tarifrunde im Öffentlichen Personennahverkehr gezeigt. In mehr als 25 Städten von Fridays for Future unterstützt, hatte die Gewerkschaft ver.di die Tarifrunde bewusst als Beitrag zum Klimaschutz angelegt. Ein zartes Pflänzchen, das jedoch zeigt, was nötig ist. Alle progressiven Akteur_innen müssen Differenzen hintanstellen und ihre Gemeinsamkeiten betonen, um von unten zu erzwingen, was so dringend benötigt wird: eine radikale Transformation hin zu nachhaltigen Gesellschaften, die das Leben aller, das künftiger Generationen eingeschlossen, besser macht.

 Der Autor: Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena. Er forscht seit vielen Jahren zu Gewerkschaften.



Foto: Angelika Osthus

Geld gegen Kohle

Foto: GovernmentZA (CC BY-ND 2.0)



Mindestens 90.000 Arbeiter_innen sind vom Kohleausstieg in Südafrika betroffen – Blick auf das Kohlekraftwerk Medupi

Milliardenhilfen aus Industriestaaten sollen Südafrikas Kohleausstieg beschleunigen. Für die Klimaziele ist der notwendig. Aber ist er auch fair? Gewerkschaften sind sich nicht einig.

Südafrika erzeugt über 80 Prozent des Stroms mit Kohle und hat die CO₂-intensivste Wirtschaft aller G20-Staaten. Für den Klimaschutz ist es dringend nötig, dass Südafrika seine Kohlemeiler schneller als geplant abschaltet. Doch das Land ist immer noch arm. Deutschland will deshalb – so das Versprechen auf der Weltklimakonferenz in Glasgow – gemeinsam mit Großbritannien, den USA, der EU und Frankreich in den nächsten drei bis fünf Jahre umgerechnet 7,5 Milliarden Euro für den Kohleausstieg »mobilisieren«.

Südafrika soll so Maßstäbe für eine gerechte Transformation setzen. Präsident Cyril Ramaphosa erklärte: »Wir freuen uns auf eine langfristige Partnerschaft, die die Bedeutung eines gerechten Übergangs anerkennt und Arbeitsplätze fördert.« Einfach wird der Weg nicht.

Eine Arbeitsgruppe soll jetzt einen Plan entwickeln, um den Ausstieg aus der Kohle zu beschleunigen und gleichzeitig die mindestens 90.000 betroffenen Arbeiter_innen – nicht zuletzt die in den Minen des Landes – zu schützen. Außerdem geht es darum, Pläne für eine Strommarktreform zu erarbeiten, die Stromerzeugung und –übertragung trennen soll. Basierend auf diesen Plänen soll dann das Geld bereitgestellt werden, das aus »multilateralen und bilateralen Zuschüssen, vergünstigten Darlehen, Garantien und privaten Investitionen« bestehen soll.

Dass Südafrika Geld für den Kohleausstieg braucht, liegt auch an der Finanzlage des nationalen Stromkonzerns Eskom. Dieser hat während der Amtszeit von Ramaphosas Vorgänger Jakob Zuma auch durch Korruption einen riesigen

Schuldenberg aufgehäuft. Und er vermag den Strombedarf des Landes nicht mehr zu decken, weswegen es regelmäßig zu Stromausfällen kommt. Eskom-Chef André de Ruyter hofft daher, dass der Deal seiner Firma die Chance gibt, »in die Zukunft zu blicken«: »Die Vereinbarung ermöglicht es uns, endlich auf neue Energiequellen umzusteigen und in neue Technologien zu investieren.«

Allerdings sind nicht alle von dem Deal begeistert. In der Regierung und in den Gewerkschaften gibt es sowohl Befürworter_innen des Abkommens als auch Gegner_innen. In der Re-

»Wir werden unter Druck gesetzt, ja sogar gezwungen, uns von allen Formen fossiler Brennstoffe abzuwenden.«

Gwede Mantashe, Energieminister

gierung zählen Ramaphosa und Umweltministerin Barbara Creecy zu den Unterstützer_innen. Der Minister für Energie und Bodenschätze, Gwede Mantashe, warnt hingegen vor einem Kohleausstieg: »Unser Kontinent als Ganzes und die einzelnen Länder müssen die Hauptlast der großen Verschmutzer tragen. Wir werden unter Druck gesetzt, ja sogar gezwungen, uns von allen Formen fossiler Brennstoffe abzuwenden.«

Eine ähnliche Position vertritt die Gewerkschaft der Bergarbeiter, NUM, kurz für National Union of Mineworkers, deren Präsident Mantashe zuvor war. »Die Industrieländer haben über Jahre hinweg fossile Brennstoffe verwendet, um ihre Wirtschaft aufzubauen. Sie sind verantwortlich für die Klimakrise, mit der wir jetzt konfrontiert sind«, so NUM in einem Statement. Der südafrikanische Dachverband der Gewerkschaften,

COSATU, steht dem Abkommen mit den Industriestaaten hingegen positiv gegenüber. »Die Vereinbarung wird Eskom helfen, in neue Energieerzeugungskapazitäten zu investieren«, sagt COSATU-Sprecher Sizwe Pamla. »Dies ist von entscheidender Bedeutung, da ein Drittel der Stromerzeugungskapazitäten von Eskom bis 2030 das Ende ihrer Lebensdauer erreichen wird und der Stromversorger nicht über ausreichende Mittel verfügt.«

Genau diese Mittel für den Umbau der Energiesysteme werden mehr Aufmerksamkeit benötigen, wenn die Welt die Klimaerwärmung bei 1,5 Grad stoppen will. »Es reicht nicht aus, sich auf Investitionen in saubere Energien zu konzentrieren«, sagt Mafalda Duarte, die Chefin der Climate Investment Funds Initiative einiger Industriestaaten wie Deutschland. »Wenn wir das Tempo beim Kohleausstieg nicht beschleunigen, werden wir die Ziele des Paris Abkommens nicht erreichen.« Der erste Anstoß müsse dabei mit öffentlichem Geld gegeben werden, »und dann kommt der Markt in Schwung und privates Kapital kann es so weit skalieren, dass man sich in Richtung der Lösung des Problems bewegt - das ist der Punkt der Beschleunigung«.

Aus Sicht der südafrikanischen Chefunterhändlerin in Glasgow, Maesela Kekana, ist das Vorhaben »bahnbrechend«, weil es von Südafrika und den Geberländern »gemeinsam entwickelt« wurde. »Es gibt nichts Vergleichbares da draußen. Das hat es noch nie gegeben« sagte Kekana gegenüber Climate Home. Entscheidend werde letztlich aber die Umsetzung sein: »Wir sind entschlossen, es zum Laufen zu bringen, weil wir glauben, dass dies ein gutes Modell ist.«

 Der Autor: Christian Mihatsch ist Journalist. Er lebt derzeit in Basel und beschäftigt sich sowohl mit Klima- als auch mit internationaler Politik.

Ist der bolivianische Traum ausgeträumt?

Bolivien ist reich an Lithium, das für E-Mobilität und Digitalisierung gebraucht wird. Die Regierung versucht, die Wertschöpfung im eigenen Land zu halten. Doch so langsam reichen politischer Wille und gute Arbeitsbedingungen in der Batterieproduktion nicht mehr aus. Ein quantitativer Sprung wäre nötig.

Grüne Kunststoffkisten, die mit einem schwarzen und einem roten Kabel am Steuerpult hängen, sind das neueste Produkt der Ingenieur_innen der bolivianischen Batteriefabrik La Palca. Die liegt ein paar Kilometer von der Bergbaustadt Potosí entfernt. Hier wird das produziert, was die Zukunft des Landes prägen soll: kompakte, leichte Autobatterien auf Lithium-Ionen-Basis. Ein paar Dutzend dieser Aggregate stehen in diesem Jahr auf dem Produktionsplan der Belegschaft – neben allerlei anderen Batterietypen.

Lithium gehört zu den wichtigsten Rohstoffen für die anstehenden Transformationen. Es steckt etwa in Laptops oder Elektroautos. Aktuell wird die Nachfrage vor allem von Australien, China und Chile gedeckt, wo das Metall am leichtesten im Bergbau gewonnen werden kann. Bis zu 60 Prozent der weltweiten Reserven von 86 Millionen Tonnen sind aber im Dreieck Bolivien, Argentinien und Chile zu finden, wo das Lithium aus der Sole der großen Salzseen extrahiert werden muss. 21 Millionen Tonnen lagern in Bolivien. Auch weil der Abbau ökologisch schädlich ist, Unmengen an Wasser verbraucht

und damit die Wasserversorgung in der Region gefährdet wird, will Bolivien nicht nur Rohstofflieferant sein. Das Land soll auch an der weiteren Wertschöpfung beteiligt sein – und die größeren Profite nicht ausländischen Konzernen überlassen, deshalb entschied die bolivianische Regierung schon 2013, eine eigene Lithium-Ionen-Akku-Produktion aufzubauen.

La Palca ist das Pilotprojekt. Aufgebaut hat es der heute 40-jährige Marcelo González, der bis 2013 in Potosí Physik lehrte und dafür in die Praxis wechselte. Für ihn sei wichtig gewesen, dass er damit einen Beitrag zum Bremsen des

Marcelo González sorgte für gute Arbeits- und Forschungsbedingungen, aber auch für gute Gehälter.

Klimawandels leisten konnte, sagt er. Denn er ist in Bolivien von Jahr zu Jahr spürbarer. González suchte Expert_innen, die im Ausland ausgebildet worden waren, und integrierte sie. Er sorgte für gute Arbeits- und Forschungsbedingungen, aber auch für gute Gehälter. Eine wichtige Voraussetzung, denn qualifiziertes Personal ist auch bei der Konkurrenz in Chile oder Argentinien gefragt.

Inzwischen ist González an die Spitze der YLB berufen worden. Die Abkürzung steht für Yacimientos de Litio Bolivianos, auf deutsch: Boli-

vianische Lithium-Vorkommen. Die Personalie gilt als Indiz dafür, dass Boliviens Regierung am Traum von der Batterieproduktion en Gros festhalten will.

Die 66 Mitarbeiter_innen in La Palca produzieren heute alle gängigen Batterietypen. »Wir sind ein Zwitter zwischen Forschungseinrichtung und Pilotfabrik, machen Grundlagenforschung und Produktentwicklung in einem«, erklärt Jorge Balboa. Balboa ist Ende Dreißig und Chemiker, er hat in Frankreich studiert. Seine Ambitionen gehen aber über die Möglichkeiten der Pilotanlage hinaus: »Für die semiindustrielle und industrielle Nutzung brauchen wir ganz andere Anlagen, mehr Expertise und vor allem einen Markt für unsere Produkte«, so schildert der Chemiker die Herausforderungen, vor denen die ehrgeizigen YLB-Verantwortlichen stehen.

Derzeit beliefert die Fabrik vor allem Quantum. Das Unternehmen aus Cochabamba baut das erste Elektromobil Boliviens und setzt seit Oktober 2019 auf Akkus aus bolivianischer Produktion. Größere Reichweite und weniger Gewicht seien ausschlaggebend gewesen, frohlockte Vize-Energieminister Luis Alberto Echazú damals im Interview. Der Erfolg geht auf kontinuierliche Forschung zurück, für die das KachiCar der Pilotfabrik steht. Neue Akkus kommen in dem schmucken Cabriolet zuerst zum Einsatz – und nicht nur Ex-Präsident Evo Morales, sondern auch der derzeit regierende Luis Arce haben darin bereits Platz genommen.

Für Experten wie George Campanini vom Forschungszentrum CEDIB in Cochabamba ist das aber nicht viel mehr als Marketing. Nach dem Scheitern der Verträge mit dem deutschen Unternehmen ACI-Systems Ende 2019 sei es ruhig geworden um die Batterieproduktion des Landes. »Niemand weiß, ob es einen neuen Kooperationspartner gibt«, so der Umweltanalyst. Deutsche Medien berichteten allerdings über neue Annäherungen zwischen dem deutschen Mittelständler und YLB. Eine internationale Zusammenarbeit wäre laut Campanini entscheidend, um den Traum der industriellen Produktion eigener Batterien in die Realität umzusetzen. »Außer dem Lithium muss Bolivien alles rund um die Batterien importieren. Daher ist die Produktion in China oder Indien schlicht billiger«, meint Campanini.

Vielleicht ist das der Grund, weshalb es zuletzt ruhiger geworden ist um YLB und González. Die Lithium-Industrie bleibt ein bolivianischer Traum.



Foto: Knut Henkel

Will einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten: Marcelo González, der das Pilotprojekt zur Produktion von Lithium-Ionen-Akkus aufbaut

Der Autor: Knut Henkel ist Journalist in Hamburg und regelmäßig in Lateinamerika unterwegs.

Für gute Jobs auch bei Erneuerbaren

Die Internationale Arbeitsorganisation und die Internationale Organisation für erneuerbare Energien wollen künftig enger zusammenarbeiten. Beide verbindet das Ziel, den Ausbau von Erneuerbaren mit guten Arbeitsbedingungen zu verknüpfen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist entscheidend, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und die Erde vor dem Klimakollaps zu retten. Doch fast genauso wichtig ist, dass erneuerbare Energien ein regelrechter Jobmotor sind. Selbst im Corona-Jahr 2020 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Branche um 500.000 auf 12 Millionen weltweit an. Und das, obwohl es Verzögerungen und Unterbrechungen in den globalen Lieferketten gegeben habe, wie Martha Newton erklärt, die die für Politik zuständige Vizedirektorin der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist.

»Dass die Zahl der Arbeitsplätze im Erneuerbaren-Sektor trotz der Pandemie zugenommen hat, ist ein ermutigendes Signal«, sagt Newton. Doch Jobwachstum allein reicht nicht aus: Entscheidend sei, beim Ausbau der Erneuerbaren die Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen zu betrachten. »Wir müssen die Energiewende so angehen, dass ordentliche Arbeitsmöglichkeiten entstehen, die Menschenwürde, Sicherheit, Gleichheit und Freiheit garantieren.«

Genau darum geht es in der Kooperation, die die ILO im Oktober unmittelbar vor dem Kli-

magipfel von Glasgow mit IRENA eingegangen ist, der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien. »Gemeinsam können ILO und IRENA menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit bei der Energiewende auf umfassende Weise voranbringen«, kündigte ILO-Chef Guy Ryder an. Und IRENA-Generaldirektor Francesco La Camera erklärte: »Fortschritt, der nicht zugleich inklusiv ist, ist nicht nachhaltig: Eine grüne Wirtschaft muss Chancen für alle schaffen und gut bezahlte, sichere Jobs in allen Bevölke-

»Wir müssen die Energiewende so angehen, dass ordentliche Arbeitsmöglichkeiten entstehen.«

Martha Newton, ILO

rungsschichten bereithalten.« Im Abkommen, das beide unterzeichnet haben, ist skizziert, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Forschungsvorhaben und Initiativen gehören dazu, gemeinsame Trainings und Ausbildungen, Publikationen und gemeinsame Veranstaltungen, bei denen Wissen und Erfahrungen geteilt werden sollen.

Selbstverständlich ist das nicht. Denn die 2009 gegründete IRENA, der 165 Staaten und die Europäische Union angehören (18 weitere Länder sind auf dem Weg, Mitglied zu werden), verfolgt als internationale Organisation vorrangig das Ziel, den Ausbau erneuerbarer Energien

großflächig und verstärkt voranzutreiben. Beratung und technische Unterstützung stehen dabei im Mittelpunkt, ebenso die Klärung von Rechtsfragen und der Kompetenzaufbau. Zudem stellen die IRENA-Expert_innen auch Daten und Zugänge zu Finanzierungsmechanismen bereit.

Fragen von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit müssten dabei nicht zwangsläufig eine Rolle spielen – allerdings ist in der Satzung von einer »nachhaltigen Nutzung« der Erneuerbaren die Rede. Und so sind es nicht zuletzt die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, zu deren Familie IRENA nicht gehört, die die junge Agentur mit der über 100 Jahre alten ILO zusammengebracht haben, die sich um die Welt der Arbeit insgesamt kümmert. Diese muss sich angesichts des Strukturwandels in der Arbeitswelt ohnehin stärker als bisher mit jungen und boomenden Branchen auseinandersetzen. IRENA ist dafür ein idealer Partner, zumal beide Organisationen bereits in mehreren Feldern zusammenarbeiten.

So ist IRENA an der »Green Initiative« der ILO beteiligt, die sich mit Bedingungen und Folgen von Transformationsprozessen hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft auseinandersetzt. Die ILO ist ihrerseits schon lange Partnerin der von IRENA betriebenen Plattform für Jobs in der Nachhaltigen Energie, die Stakeholder aus allen Bereichen für die Umsetzung des UN-Nachhaltigkeitsziels 7 zusammenbringt, das »bezahlbare und saubere Energie« fordert.

Der eingangs zitierte jährliche Bericht zu Jobs in der Erneuerbaren-Branche ist ein Beispiel für konkrete Kooperation. In ihm erfahren politische Entscheider_innen, welche Branchen besonders viele Menschen beschäftigen - Spitzenreiter ist übrigens die Solarenergie mit 4 Millionen Arbeitsplätzen, gefolgt von der Windsparte mit 1,25 Millionen - und wie die Lage in den verschiedenen Ländern aussieht. So sind derzeit fast zwei von fünf Arbeitsplätzen der Branche in China verortet, es folgen Brasilien, Indien, die USA und die EU.

Doch auch in ärmeren Ländern wächst die Zahl der Arbeitsplätze, was ILO und IRENA auch deshalb begrüßen, weil sie gemeinsam mehr inländische Wertschöpfungsketten fordern. Einerseits würden dadurch mehr und bessere Arbeitsplätze überall auf der Welt gefördert, andererseits das globale Wachstum Erneuerbarer auch dann sichergestellt, wenn etwa eine Pandemie den globalen Handel zum Stillstand bringt. Ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Interessen von ILO und IRENA überlappen.



Foto: Dennis Schroeder/INEL (CC BY-NC-ND 2.0)

Gute Arbeit sichern: 4 Millionen Menschen sind bereits in der Solarenergie beschäftigt, hier Nipton im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien

Der Autor: Marc Engelhardt arbeitet als Journalist in Genf.

Geringere Kosten, leichter verfügbares Material



Foto: fizkes / 123rf.com

Im Online-Kurs tauschen sich Gewerkschafter_innen aus zahlreichen Ländern des Globalen Südens aus

Von jetzt auf gleich digital: Das ist für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eine Herausforderung, aber auch eine Chance. Das Bildungswerk Bund des DGB und die Internationale Vereinigung für Arbeitnehmerbildung wollen Multiplikator_innen deshalb fit für Online-Aktivitäten machen.

Mit dem Vordringen der Corona-Pandemie zerstoßen unzählige Projekte der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit auf der ganzen Welt. Präsenzveranstaltungen und Reisen waren nicht mehr möglich. Und so wichen auch Gewerkschafter_innen auf digitale Möglichkeiten aus. Das bedeutete allerdings vor allem: viel wurde improvisiert. Die Internationale Vereinigung für Arbeitnehmerbildung (IFWEA) und das Bildungswerk des DGB wollen zu einem systematischen Vorgehen beitragen und haben deshalb eine digitale Fortbildung für Multiplikator_innen auf den Weg gebracht.

Melanie Julie ist E-Learning-Entwicklerin bei der IFWEA und hat das erste Training mitangeleitet, das kürzlich stattgefunden hat. Ziel sei, Gewerkschaftsausbilder_innen und Basisleiter_innen mit digitalen Werkzeugen und Methoden vertraut zu machen, um effektive Online-Gewerkschaftsaktivitäten während der Covid-19-Pandemie und darüber hinaus zu ermöglichen, sagt sie. An dem Kurs nahmen Interessierte aus drei globalen Gewerkschaftsverbänden – dem

Public Services International (PSI), dem Internationalen Hausangestelltenverband IDWF und der IndustriALL Global Union – aus Afrika, Lateinamerika und Asien teil. »Es gab ein großes Interesse von Einzelpersonen aus verschiedenen Regionen auf der ganzen Welt«, so Julie. Weil nur 34 Interessierte aufgenommen werden konnten, wollte man den Kurs 2022 wieder anbieten.

Das Training ist auf neun Wochen angelegt. Die Teilnehmenden in der ersten Runde lernten,

Sandra van Niekerk hat bei dem Training einen Kurs zum Thema Öffentlicher Sektor und Klima entwickelt.

wie sie Online-Meetings, Online-Foren, Webinare, Studienzirkel, Online-Workshops oder Online-Kurse organisieren. Zweimal wöchentlich fanden Online-Workshops statt, bei denen auch Aufgaben besprochen wurden, die die Trainees aufbekommen und in Gruppen bearbeitet hatten. So sollten sie den gemeinsamen Umgang mit den verschiedenen digitalen Tools üben – dazu gehörten Google Meet, Zoom, Facebook Messenger und WhatsApp. »Diese Gruppenaktivitäten boten Teilnehmenden mit unterschiedlicher digitaler Kompetenz die Möglichkeit, von-

einander zu lernen«, so Melanie Julie. Zum Abschluss veranstalteten die Teilnehmenden eigene Online-Aktivitäten. Sie konnten wählen, ob sie einen eigenen Online-Workshop, ein Webinar, einen Online-Studienkreis, ein Online-Forum oder einen Online-Kurs veranstalten möchten.

Eine der Teilnehmer_innen war Sandra van Niekerk von der PSI aus Südafrika. »Ich wollte mehr über Online-Schulungen und Online-Engagements zu Gewerkschaftsthemen erfahren«, sagt sie. »Ich wusste vorher nicht wirklich, welche Möglichkeiten es gibt.« Durch das Training lernte sie Tools kennen, die sie jetzt zum Einrichten etwa von Meetings, Foren und für die Online-Interaktion verwenden kann. »Ich lernte auch Werkzeuge kennen, um meinen eigenen Online-Kurs zu entwickeln«, sagt sie. Das finde sie sehr spannend. Schließlich werde Covid-19 nach den vergangenen zwei Jahren womöglich auch im kommenden Jahr Reisen verhindern. »Da ist es sehr wichtig geworden, die Online-Lernmöglichkeiten zu erkunden.«

Die Südafrikanerin hat bei dem Training einen Kurs zum Thema Öffentlicher Sektor und Klima entwickelt. Damit will sie vermitteln, warum es für Gewerkschaften wichtig ist, das Thema Klimawandel aufzugreifen. »Der Klimawandel wirkt sich auf die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Sektors aus«, sagt sie. Etwa auf Helfer_innen, die bei extremen Wetterereignissen an vorderster Front stehen, oder auf Beschäftigte in der Wasser-, Strom-, Gesundheits- und Abfallwirtschaft. Außerdem seien auch weitere Kampagnenbereiche mit dem Klimawandel verbunden, auf die sich PSI konzentriert - etwa Steuergerechtigkeit, Schulden, Migration und hochwertige öffentliche Dienstleistungen.

»Bisher habe ich nur Pilotkurse durchgeführt«, sagt Sandra van Niekerk. Die Resonanz sei sehr positiv. Wahrscheinlich wird sie ihren Kurs künftig allerdings nicht als reines Online-Training anbieten, weil die Internetverbindungen in vielen afrikanischen Ländern einfach zu schlecht seien. »Wir müssen ihn als Hybridkurs durchführen – mit den online verfügbaren Materialien und Ressourcen, aber die Teilnehmenden treffen sich physisch«, sagt sie.

Sandra van Niekerk ist davon überzeugt, dass die in dem Training vermittelten digitalen Methoden der Gewerkschaftsarbeit neue Möglichkeiten eröffnen. »Material kann auf interessantere Weise schnell verfügbar gemacht werden«, sagt sie. Moderator_innen in unterschiedlichen Ländern können die gleichen Ressourcen nutzen, um ähnliche Workshops in verschiedenen Ländern durchzuführen. »Wir können mehr Leute für die Teilnahme an Kursen gewinnen, weil die Kosten geringer sind.«

 Die Autorin: Anja Krüger arbeitet als Journalistin in Berlin.

Covid-19 verschärft Nordsüd-Gefälle

Die Volkswirtschaften und Beschäftigten im Globalen Süden sind auch 2021 deutlich schwerer von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen worden als die des Nordens. Das zeigt die jüngste Ausgabe des Monitors »Covid-19 and the World of Work« der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Weltweit seien 2021 4,3 Pro-



Foto: ILO

zent weniger Arbeitsstunden gezählt worden als vor der Pandemie. In absoluten Zahlen entsprechen das 125 Millionen Vollzeitjobs, das sind noch 25 Prozent mehr, als die ILO im Juni vorhergesagt hatte. Dabei sehen die Autor_innen ein wachsendes Gefälle: Während die Zahl der Arbeitsstunden in den Ländern des Nordens um 3,6 Prozent zurückging, waren es im Süden zwischen 5,7 und 7,3 Prozent. Vor allem Europa und Zentralasien profitierten dabei von staatlichen Hilfsprogrammen – und der besseren Verfügbarkeit von Impfstoffen: Laut Monitor gebe es pro 14 vollständig geimpften Personen einen Vollzeitarbeitsplatz mehr.

www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/briefingnote/wcms_824092.pdf

DGB-Filmpreis: Dear Future Children

Drei junge Frauen in Hongkong, Chile und Uganda, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz engagieren und dafür



Foto: Camino Filmverleih

hohe persönliche Risiken eingehen: Was sie treibt und wie sie sich schlagen, das zeigt der gerade mal 22-jährige Regisseur Franz Böhm in seinem mit Spenden finanzierten Film »Dear Future Children«, der den Filmpreis 2021 des DGB bekommen hat. Seine Heldinnen: Rayen, die mit der chilenischen Arbeiterklasse auf die Straßen geht. Hilda Flavia, die in Uganda gegen Umweltverschmutzung und die Folgen des Klimawandels kämpft. Und Pepper, die in Hongkong für die Demokratie und die Unabhängigkeit von China demonstriert. Sie erfahren Regierungen, die nicht zuhören wollen, mutige Mitkämpfer_innen, Wasserwerfer und Gummigeschosse. Und sie machen weiter.

[Im Camino-Filmverleih für Sonderveranstaltungen auszuleihen: www.camino-film.com/filme/dearfuturchildren/](http://www.camino-film.com/filme/dearfuturchildren/)

Atlas der Versklavung



Mindestens 40 Millionen Menschen weltweit leben in Formen moderner Sklaverei. Sie arbeiten in Haushalten, Textilfabriken, in der Landwirtschaft, in der Prostitution. Und allen ist gemeinsam, dass sie keine andere Wahl haben, während andere mit dieser Ausbeutung insgesamt rund 150 Milliarden US-Dollar im Jahr verdienen. Nur 0,2 Prozent aller Fälle werden von Strafbehörden verfolgt. Daten und Fakten dazu hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung nun zusammengetragen und in ihrem »Atlas der Versklavung« veröffentlicht, anschaulich mit vielen Grafiken.

rosalux-geneva.org/de/atlas-der-versklavung/

Handlungshilfe Menschenrechte



Das im Juni 2021 verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz nimmt Unternehmen in die Pflicht, ihre globalen Wertschöpfungsketten regelmäßig daraufhin zu untersuchen, ob alle Teile die grundlegenden Arbeitnehmer_innen- und Menschenrechte einhalten. Dabei werden Gewerkschaften, Betriebs- und Aufsichtsräte zunehmend gefragt sein. Aber um was geht es dabei genau? Was können sie auf welcher Ebene tun? Arbeit und Umwelt, die Stiftung der IG BCE, hat nun eine

Handlungshilfe »Die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten« herausgegeben, die auch für andere Branchen interessant ist.

www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/StAuU_HandlungshilfeSorgfaltspflicht_final20211018.pdf

Steuergerechtigkeit im Jahr 2021



Zum zweiten Mal haben das Tax Justice Network, die Global Alliance for Tax Justice und der internationale Gewerkschaftsverbund der Öffentlichen Dienste, PSI, die globale Steuergerechtigkeit unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: 483 Milliarden US-Dollar gehen den Staaten weltweit jährlich durch Steuerflucht und -missbrauch verloren. »Genug, um die ganze Welt mehr als dreimal gegen COVID19 zu impfen«, schreiben die Autor_innen. In dem Report beschreiben sie, wie eine kleine Gruppe reicher Länder mit ihren Steuergesetzen die Möglichkeiten für diese große Umverteilung schafft. Staatlicher Handlungsspielraum wird so massiv geschwächt, was sich derzeit insbesondere daran zeigt, wie die Gesundheitssysteme einiger Länder kollabieren.

taxjustice.net/wp-content/uploads/2021/11/State_of_Tax_Justice_Report_2021_ENGLISH.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Koordination: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Wilms
Satz: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung